

Bargeld bleibt König: OeNB fordert gesetzliche Annahmepflicht!

Die OeNB fordert gesetzliche Regelungen zur Bargeldannahme in Österreich, während der digitale Euro als Ergänzung diskutiert wird.



Österreich - Die Diskussion um die Zukunft des Bargelds in Europa gewinnt zunehmend an Bedeutung. In Österreich fordert die Österreichische Nationalbank (OeNB) dringende gesetzliche Regelungen zur Annahme von Bargeld. Der OeNB-Direktor Eduard Schock betont die Notwendigkeit solcher Maßnahmen, um den Wunsch der Bevölkerung nach Bargeld auch in Zukunft zu wahren. Aktuell nutzen 94 Prozent der Österreicher Bargeld, doch es gibt einen besorgniserregenden Trend: Die Ablehnung von Bargeldzahlungen wächst, von 6 Prozent der Geschäfte, die im Jahr 2020 kein Bargeld akzeptierten, auf 9 Prozent im letzten Jahr.

Die OeNB sieht diese Entwicklung als Bedrohung für die

Wahlfreiheit der Verbraucher. Um die Bargeldversorgung in Österreich zu sichern, wurde eine Vereinbarung mit dem österreichischen Gemeindebund und Banken zur Sicherstellung von Bankomat-Standorten getroffen. Geplant ist die Ausstattung von bis zu 120 Standorten mit Bankomaten, um den Zugriff auf Bargeld zu gewährleisten. Sollte dies nicht ausreichen, können zusätzliche regulatorische Maßnahmen erwogen werden.

Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel

Im Rahmen der jüngsten Initiativen der Europäischen Kommission wird das Bargeld im Euro-Währungsgebiet als gesetzliches Zahlungsmittel gestärkt. Ab sofort wird eine nationale Behörde eingerichtet, um sich intensiv mit der Thematik Bargeld auseinanderzusetzen. Die Kommission hat darüber hinaus Vorschläge unterbreitet, um den Zugang zu Bargeld zu sichern. Dies geschieht im Kontext der zunehmenden Nutzung digitaler Zahlungsmethoden, die durch die COVID-19-Pandemie beschleunigt wurde.

Eine Umfrage zeigt, dass 60 Prozent der Befragten an Bargeld festhalten möchten, während die Nutzung digitaler Zahlungsmittel weiter zunimmt. Die Kommission plant zwei wesentliche Maßnahmenpakete: zum einen einen Legislativvorschlag zur Sicherstellung der Akzeptanz und Zugänglichkeit von Bargeld und zum anderen einen Gesetzesentwurf, der einen Rechtsrahmen für die Einführung eines digitalen Euros schaffen soll, der Bargeld ergänzen und nicht ersetzen soll.

Der digitale Euro

Im Detail wird der digitale Euro als sichere, kostengünstige und widerstandsfähige digitale Zahlungsoption präsentiert. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird entscheiden, ob dieser digitale Euro tatsächlich eingeführt wird. Wichtig dabei ist, dass Banken und Zahlungsdienstleister in der EU verpflichtet werden, den digitalen Euro anzunehmen, mit Ausnahmen für sehr kleine

Händler. Der digitale Euro wird als neue europaweite Lösung angedacht, die sowohl Online- als auch Offline-Zahlungen ermöglicht und diese auch ohne Internetverbindung funktionieren kann.

Die Erhaltung von Datenschutz, insbesondere bei Offline-Zahlungen, wird intensiv diskutiert, um sicherzustellen, dass weniger personenbezogene Daten offengelegt werden müssen. Um die Währungshegemonie der EU in einer zunehmend digitalisierten Welt zu sichern, erscheint die Einführung eines digitalen Euros als entscheidender Schritt.

Die Initiative der OeNB sowie die Vorschläge der Europäischen Kommission verdeutlichen, dass Bargeld und digitale Währungen in Zukunft koexistieren sollen. Während Bargeld weiterhin eine zentrale Rolle im Zahlungsverkehr spielen soll, wird gleichzeitig ein klarer Rahmen für die Integration digitaler Zahlungen geschaffen. **Kosmo.at** und **die Europäische Kommission** beleuchten die unterschiedlichen Facetten dieser Debatte und zeigen die drängenden Anforderungen für die Zukunft auf.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at